Eine neue linke Politikkultur

Serge Urbany

Ich möchte versuchen, mit einigen breiten, ungenauen, unvollständigen Strichen ein Bild des Selbstverständnisses von déi Lénk als oppositionnelle Kraft in Luxemburg zu zeichnen, so wie es sich aus den 4 Jahren seit ihrer Gründung ergeben hat.

Das Verhältnis zu den Bewegungen

Luxemburg im Vorfeld des Irak-Krieges. Es gab viele Debatten in der Abgeordnetenkammer. Die Regierung versuchte in ihren Erklärungen lange das Hauptgewicht auf die Anschuldigungen gegen das Regime Saddam Husseins zu legen und die militärische Option nicht von vorneherein zu verurteilen, auch wenn sie sich Mühe gab, nicht zu den Falken gezählt zu werden. Es war das klassische Szenario, das den Krieg als unvermeidlich ansah und nichts wirklich unternahm, um ihn zu verhindern. Ich erinnere mich gut daran, dass Juncker zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einer mich stutzig machenden Eindringlichkeit an die Deputierten appellierte, das Interesse Luxemburgs nicht aus dem Auge zu verlieren. Ohne Zweifel hatte der Regierungschef damals solche Sachen im Sinne, wie das Anlandziehen von AOL, das mehrere Monate später Wirklichkeit werden sollte.

Kurz darauf gab es in Luxemburg nie da gewesene Massendemonstrationen gegen den Krieg. Für die Tausenden Demonstrantinnen und Demonstranten zählten allein die Leben der zukünftigen Opfer des Irakkrieges und die unwahrscheinliche politisch-juristische Provokation, die der Bush-Krieg für die Welt darstellte. Diese Demonstranten hatten damit eher die grundlegenden, längerfristigen Interessen der Menschen, auch in Luxemburg, im Sinn, als der Taktierer Juncker, der einen Krieg für AOL-Einnahmen, wenn auch nicht gerne, so doch ohne große Widerrede in Kauf nahm!

Heute spielt die öffentliche Meinung, spielen Bewegungen und Vereinigungen eine viel wirksamere und direktere Rolle als zu Zeiten in denen die öffentliche Diskussion in institutionalisierteren und gelenkteren Bahnen verlief. Die Abnahme an Bedeutung des Staates im Zuge der Globalisierung und Liberalisierung bricht manchmal unverhofft der Zivilgesellschaft die Bahn. Es ist ja kein geringes Paradox, dass die Antiglobalisierungsbewegung zur ersten weltweiten Globalisierung der Widerstände geführt hat.

Die sozialen Bewegungen sind für unser Politikverständnis entscheidend wichtig, viele Mitglieder und Sympathisanten von uns sind in ihnen engagiert.

Das Verhältnis zu den Institutionen

Wir sind für eine Stärkung des Parlamentes und der Gemeinderäte als unvermittelter Ausdruck der Volkssouveränität, dies umso mehr als deren Kompetenzen dauernd von ungewählten Gremien beschnitten werden. Wir wollen sie durch Formen der direkten Demokratie, vor allem aber durch eine Einführung von direkten Informations- und Mitbestimmungsmechanismen ausweiten. Auf der anderen Seite sind wir gegen die Konfiskation dieser „Volksmacht“ durch eine Politikerklasse, die sich als Beruf verfestigt. In einem Gutachten zur Reform des Wahlgesetzes[1] haben wir sehr früh zu diesen Fragen der Demokratie Stellung genommen.

Ich betrachte die Arbeit im Parlament nicht als sterile oder demagogische Oppositionspolitik. Wenn für uns das Parlament das eigentliche politische Gremium sein soll, und nicht die Regierung, muss man es auch ernst nehmen. Unsere Kritiken gehen oft radikal an die Wurzeln der Probleme. Wir scheuen uns nie, gesellschaftliche Verhältnisse bloß zu legen, wo andere nur verschleiern, unsere Vorschläge bleiben jedoch immer realistisch und nuanciert. Ich hatte zu keinem Zeitpunkt das Gefühl, im Parlament einen ultraminoritären, einen „extremlinken“ Standpunkt zu vertreten, der nicht von einer Mehrheit der Leute, die zuhören und zusehen, geteilt werden könnte.

Ein Beispiel unserer Einstellung zur Parlamentsarbeit: Die Diskussion um die Lehrbeauftragten. Diese Frage hat uns gereizt, obschon sie zu heftigen Polemiken zwischen Gewerkschaften geführt hatte, in denen Mitglieder von uns engagiert sind. Wir haben uns mit allen Betroffenen getroffen, Lösungsvor-

schläge ausgearbeitet und in der Kammer eingebracht, so als seien wir selbst in der Regierung. Die eigentliche Regierung hat das Problem schlampig über die Köpfe der Leute hinweg „gelöst", womit keinem gedient ist.

Wir handeln also im Parlament verantwortungsbewusst, auch aus der Opposition heraus. Wir sind keine eigentliche Protestpartei, obschon natürlich bei uns der Protest gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse stark ausgeprägt ist, z.B. auch auf der Strasse, in der direkten Konfrontation mit den „Ordnungskräften", wenn der Besitz gegen den sozialen Protest verteidigt werden soll, wenn die Opposition wieder bespitzelt und photographiert wird, wenn Flüchtlinge ausgewiesen werden.

W.F.Haug nennt einen Widerstand, bei dem der Kritisierte als eine „monolithische Positivität des Negativen" erscheint, fundamentalistisch.[2] Auch die Linke hat manchmal ihre „Schurkenbegriffe": „der" Kapitalismus, „der" Imperialismus…
Man bemerke dagegen die Formulierung in Artikel 1 der Statuten von Déi Lénk: „Die Zurückdrängung und Überwindung des Kapitalismus ist für sie nicht Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck: einer aktiven Demokratie, auch am Arbeitsplatz und in der Wirtschaft; einer Entwicklung der sozialen Beziehungen zu Gleichheit und Kooperation; der individuellen Entfaltung und Freiheit der Menschen abseits von materieller Not, ökonomischer Ausbeutung, sozialer, geschlechtlicher oder ethnischer Diskriminierung, politischer Unterdrückung, kultureller Entmündigung, Raubbau an der natürlichen Umwelt. Es gibt kein fertiges sozialistisches Projekt, die Gesellschaft von morgen entsteht aus der Realität von heute, aus den Bedürfnissen und Forderungen der Menschen, die in der heutigen Gesellschaft leben."

Eigentlich ist damit vieles über das Selbstverständnis von Déi Lénk in der Gesellschaft von heute gesagt. Die Machtfrage ist stark relativiert und problematisiert, nicht Teil eines politischen Kalküls, aber eine Frage der Selbstbestimmung der Menschen, der Demokratie. Eine Regierungsbeteiligung unter aktuellen Voraussetzungen lehnen wir ab, weil sie aussichtslos wäre und den Leuten die Hoffnung nähme. Auf lokaler Ebene beteiligen wir uns am Escher Schöffenrat, solange konkrete Veränderungen möglich sind und neoliberale Konzepte nicht zu Breschen in unserem Selbstverständnis führen.

Das Verhältnis zur Nation

Linke Parteien haben bisher immer nicht nur im staatlichen Rahmen, sondern auch im Rahmen der Nation gehandelt.

Auch diese Grenze gilt es in den Köpfen zu überwinden. Sie ist bereits in der Realität überwunden: Die aktive Bevölkerung, das sind: ein Drittel einheimische „Nationale", ein Drittel einheimische „Fremde" (welch ein Widerspruch!), ein Drittel „Grenzgänger". Das politische Leben ist aber immer noch allein auf das erste Drittel fokussiert.

Es geht um die Selbstbestimmung der Menschen, die hier wohnen und arbeiten, unabhänghig der Nationalität. Eigene starke Rechte müssen aus dem Wohnen und Arbeiten abgeleitet werden. Den Begriff „citoyenneté de résidence" ziehe ich dem der doppelten Nationalität vor. Doppelte Nationalität bedeutet zwar einen Fortschritt, bleibt aber eine Verschleierung und ein starkes Selektionsverfahren (man braucht nur das Naturalisationsverfahren konkret in Augenschein zu nehmen).

Die Regierung hat wohl ein Konzept für die Großregion, jedoch eins, das prioritär die Standortlogik fördert, so weit und so lange es noch geht, das heisst immer weniger. Das Konzept ist das eines Tigerstaates der im Wesentlichen die Substanz aus dem benachbarten Ausland abzieht, ohne die Infrastrukturen dort (Schulen z.B.) zu finanzieren, von denen aber „Luxemburg" profitiert, was zum Teil die aussergewöhnlichen PIB-Steigerungsraten und den „Reichtum" erklärt.

Das Verhältnis zur Wirtschaft

Die Luxemburgerinnen und Luxemburger müssen verstehen, dass diese Politik nicht vorrangig für sie gemacht wird, sondern für die, welche die Wirtschaft leiten.

Bei der Debatte zum „développement durable" wurde verkündet, die „externalisierten" (das heißt die der Öffentlichkeit aufgehalsten) Kosten der Umweltbelastung müssten in die Preise der Betriebe integriert werden, da Betriebe nicht gratis von der Natur profitieren könnten.

Der Preis der Arbeit wird jedoch zunehmend für die Betriebe „externalisiert" (z.B. in der Frage der Finanzierung der Arbeitslosigkeit). Man ist auf der Rechten und auch bei einem Teil der Linken anscheinend der Meinung, man solle froh sein, dass die Betriebe überhaupt Arbeit schaffen. So als ob es nicht allein die Arbeit sei, die Werte und auch die märchenhaften Mehrwerte schaffe, die Luxemburg für ausländische Investoren so attraktiv machen…

Die entscheidende Frage der Zukunft ist die der Bestimmung der Menschen über ihre wirtschaftlichen Bedingungen, die absolutistisch fremdbestimmt werden.

Das Selbstverständnis als politische Bewegung

Die inhaltliche und formelle Neubegründung auf der Linken war immer ein bestimmender Bestandteil des Selbstverständnisses von Déi Lénk. Sie war nie ein für die Zeit der Wahlen begrenztes Zweckbündnis verschiedener politischer Komponenten, wenigstens nicht für die meisten ihrer Mitglieder, die alle individuelle Mitglieder sind und von denen viele nie vorher politisch aktiv waren. Sie stellte auch organisatorisch etwas völlig Neues in der Politik dar: kollektives Arbeiten in für alle Mitgliedern offenen Gremien, Antikumulbestimmungen, Rotationsprinzip.

Auch die Selbstbestimmung der eigenen Organisation ist ein wichtiges Ziel für Déi Lénk. Leider wurde das in der Presse nie so dargestellt, so dass auch die angekündigte einseitige Entscheidung der KPL, mit eigenen Listen zu kandidieren, als ein existentieller Bruch überbewertet wird. Sicher: Gelänge es, den „Streit" beizulegen und die Mitglieder der KPL wieder zur Zusammenarbeit zu bringen, wäre das im Interesse der Linksbewegung und des „Operierenkönnens mit Antinomien", das B.Brecht 1930 als wesentliche Voraussetzung der Politikfähigkeit von linken Parteien bezeichnet hatte. An uns darf es jedenfalls nicht liegen, gerade Déi Lénk war in Europa bahnbrechend bei dem Zusammenbringen von verschiedenartigen politischen Kräften, übrigens bis in linke sozialistische und grüne Kreise hinein!

Durch das Engagement ihrer Mitglieder, ihre Verwurzelung in der Gesellschaft, das Experimentieren von neuen politischen Formen seit bald 5 Jahren (10 Jahre wenn man den außerparlamentarischen Prototyp Nei Lénk dazurechnet, der eine wichtige Übergangsrolle spielte) hat Déi Lénk – wenn auch mit den normalen organisatorischen Schwierigkeiten - gewisse Grundlagen einer neuen linken politischen Kultur geschaffen, die auch nach den Wahlen weiterbestehen wird, weil sie den Notwendigkeiten der neuen, bitteren aber gleichzeitig stimulierenden Zeiten entspricht.

Mehr über Déi Lénk in: www.lenk.lu, mit Links zu goosch.lu, der wöchentlichen Internetzeitung, und zum Chambersite von Déi Lénk, welcher die Reden im Parlament und kurze Zusammenfassungen dazu enthält (im Aufbau).

1 http://www.lenk.lu/IMAGES/SUJET/doc_0022.pdf
2 http://www.pst.ch/suisse/quefaire-fr.pdf

La Fermette
Depuis 10 ans
à votre service
Deux adresses pour une bonne nutrition!
Votre spécialiste en alimentation biologique et naturelle avec Boucherie traditionelle et biologique
Bereldange:
23, route de Luxembourg
Téléphone: 331031
www.lafermette.lu
No de contrôle bio: LU 04
Niederanven:
Centre Arcade
Téléphone: 348486
www.naturmaart.lu